Beschlussempfehlung und Bericht

des Ständigen Ausschusses

**zu dem Schreiben des Bundesverfassungsgerichts
vom 14. Dezember 2016, Az.: 1 BvR 2579/15**

Verfassungsbeschwerde gegen die Aufnahme einer Bemerkung über Legasthenie in das Abiturzeugnis

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

in dem oben genannten verfassungsgerichtlichen Verfahren von einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

23. 03. 2017

Der Berichterstatter:

Thomas Hentschel

Der Vorsitzende:

Dr. Stefan Scheffold

Bericht

Der Ständige Ausschuss hat das Schreiben des Bundesverfassungsgerichts vom 14. Dezember 2016 in seiner 10. Sitzung am 23. März 2017 behandelt.

1.

Der Ausschussvorsitzende verwies eingangs darauf, dass ein Informationsvermerk der Landtagsverwaltung vorliege, in dem der Sachverhalt des vorliegenden Verfahrens dargelegt sei.

Danach wendet sich der Beschwerdeführer mit der Verfassungsbeschwerde gegen die Aufnahme einer Bemerkung über die bei ihm bestehende Legasthenie in sein Abiturzeugnis.

Er rügt im Wesentlichen eine Verletzung des Verbots der Benachteiligung wegen einer Behinderung (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 Grundgesetz). Daneben macht er eine Verletzung seiner Berufsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 Grundgesetz) und seines Rechts

Ausgegeben: 05.04.2017

auf informationelle Selbstbestimmung (Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz) geltend.

Das Bundesverfassungsgericht hat dem Bundestag, dem Bundesrat, der Bundesregierung, den Landesparlamenten und den Landesregierungen mit Schreiben vom 14. Dezember 2016 Gelegenheit zur Stellungnahme bis zum 5. Mai 2017 gegeben.

2.

Wie in dem Informationsvermerk dargestellt, leidet der Beschwerdeführer an einer angeborenen Lese-Rechtschreib-Störung (Legasthenie). Er besuchte ein Gymnasium in Bayern und hat dort das Abitur gemacht. In sein Abiturzeugnis wurde aufgrund einer Verwaltungsvorschrift des bayerischen Kultusministeriums folgende Bemerkung aufgenommen:

„Aufgrund einer fachärztlich festgestellten Legasthenie wurden Rechtschreibleistungen nicht bewertet. In den Fremdsprachen wurden die schriftlichen und mündlichen Leistungen im Verhältnis 1:1 bewertet.“

Der Beschwerdeführer ist gerichtlich gegen diese Bemerkung vorgegangen, hatte im Ergebnis aber keinen Erfolg.

Der Beschwerdeführer rügt, dass das Bundesverwaltungsgericht verkannt habe, dass in der Zeugnisbemerkung eine unmittelbare Benachteiligung wegen einer Behinderung liege. Es habe die Zulässigkeit des Zeugnisvermerks letztlich nicht am Benachteiligungsverbot gemessen, sondern lediglich festgestellt, dass die Nichtbewertung von Rechtschreibleistungen nicht durch Art. 3 Abs. 3 Satz 2 Grundgesetz geboten sei und ein entsprechender Vermerk daher nicht in das Grundrecht eingreifen könne. Die Rechtsfolge „Zeugnisbemerkung“ knüpfe vorliegend jedoch gezielt an das Diskriminierungsmerkmal „Behinderung“ an und sei daher als unmittelbare Diskriminierung einer Rechtfertigung nicht zugänglich.

Weiter sieht der Beschwerdeführer seine Berufsfreiheit verletzt, weil er durch den Zeugnisvermerk gezwungen sei, seine Behinderung gegenüber Arbeitgebern, Ausbildern und Hochschulen zu offenbaren. Dies sei geeignet, den Übertritt in das Berufsleben zu erschweren. Zugleich sanken seine Erwerbchancen, weil er sich nur mit der zusätzlichen Hürde der Zeugnisbemerkung eine Arbeitsstelle suchen könne.

Schließlich hält der Beschwerdeführer den Zeugnisvermerk schon deshalb für unzulässig, weil durch die zwangsläufige Offenbarung seiner Behinderung sein Recht auf informationelle Selbstbestimmung eingeschränkt werde, ohne dass hierfür eine verfassungsrechtliche Rechtfertigung ersichtlich sei. Vielmehr sei der Eingriff unverhältnismäßig.

3.

Wie der Ausschussvorsitzende erläuterte, äußert sich der Landtag nach der bisherigen Praxis in einem verfassungsgerichtlichen Verfahren vor allem dann, wenn durch den Ausgang des Verfahrens aus der Sicht des Landtags parlamentspezifische Belange berührt sein können. In der Regel ist dies bei Rechtsstreitigkeiten zu bejahen, in denen es um parlamentsrechtliche Fragen geht oder Gesetzesbestimmungen angegriffen werden, die der Landtag maßgeblich mitgestaltet hat, oder deren Ausgang auch für den Landtag grundsätzliche Bedeutung besitzt. Ferner kann es Anlass für eine Stellungnahme sein, wenn die Gesetzgebungskompetenz des Landes berührt ist.

Es handelt sich um eine bayerische Verwaltungsvorschrift. Zwar gibt es auch in Baden-Württemberg eine entsprechende Vorschrift (VwV Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf und Behinderungen). Hiernach sind Maßnahmen des Nachteilsausgleichs und veränderte Leistungsbewertungen sowie deren Dokumentation im Zeugnis grundsätzlich zulässig, allerdings ab Klasse 7 nur in besonders begründeten Ausnahmefällen. In den Abschlussklassen und in den Jahrgangsstufen des Gymnasiums sind Ausnahmen von der Verbindlichkeit des allgemeinen Anforderungsprofils, insbesondere eine zurückhaltende Gewichtung

bei der Leistungsmessung, nicht mehr möglich. Deshalb kann es eine Zeugnisbemerkung im Abiturzeugnis wie die mit der Verfassungsbeschwerde angegriffene in Baden-Württemberg nicht geben.

4.

Der Ausschussvorsitzende schlug vor, bei dieser Fallgestaltung von einer Stellungnahme abzusehen.

Der Ausschuss beschloss ohne förmliche Abstimmung, dem Plenum zu empfehlen, in dem verfassungsgerichtlichen Verfahren von einer Stellungnahme gegenüber dem Bundesverfassungsgericht abzusehen.

05. 04. 2017

Thomas Hentschel